

VON DER ZINSWENDE ZUR SCHULDENKRISE ALTBEKANNT UND ALTERNATIVLOS?

Von
Miriam Frauenlob

Die aktuellen ökonomischen Verwerfungen und die steigende Inflation führen nicht nur in den kapitalistischen Zentren zu akuten Problemen. Während der Globale Süden schon von der Pandemie härter getroffen wurde, haben auch die Instrumente, die jetzt zur Inflationsbekämpfung gewählt werden, ungleiche Folgen. Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik müsste global orientiert sein, und nicht die wirtschaftliche und soziale Lage einzelner Staaten als Kollateralschaden betrachten.

Wenn Krise auf Krise trifft

Mit einem Krieg in Europa, Inflation im zweistelligen Bereich und sich zuspitzenden geopolitischen Spannungen, scheint die Tatsache, dass wir nach wie vor mit einer Pandemie konfrontiert sind, fast schon in den Hintergrund zu geraten. Dies liegt auch daran, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie global höchst ungleich verteilt sind. Insgesamt verloren 120 Millionen Menschen ihre Arbeit und der Schuldenstand vieler Staaten im Globalen Süden stieg ruckartig an. Die UNCTAD, die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung, analysierte zuletzt, dass rund 46 Staaten mit den steigenden Schulden, aber auch mit den steigenden Kosten der Schuldentilgung zu kämpfen haben. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen nennt zudem 54 Staaten mit heftigen Schuldenproblemen. Während diese Staaten nur 3% des globalen BIPs ausmachen, stellen sie 18% der globalen Bevölkerung und die Hälfte aller Menschen, die ohnehin schon in Armut leben¹. Der durchschnittliche Schuldenstand von Ländern der Peripherie stieg im Jahr 2020 auf 64%, verglichen mit 52% in den Jahren zuvor.²

In globalen Institutionen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) ist nach wie vor die orthodoxe ökonomische Perspektive etabliert, dass ein hoher Schuldenstand zumeist selbstverschuldet sei.

Daran hat sich in den letzten Jahren, anders als man vielleicht hoffen könnte, wenig verändert, wie auch Ökonom:innen des Netzwerkes Eurodad schreiben:³

Zwar wurde in den letzten Jahren zumindest rhetorisch das Gebot der Austerität hinten angestellt. Doch in der Praxis hat der IWF weiterhin Programme zum Schuldenabbau auf Kosten von Sozialausgaben gefordert. In einer Analyse des jährlichen Treffens von IWF und Weltbank, das diesen Oktober das erste Mal seit Ausbruch der Pandemie physisch stattfand, kamen die Ökonom:innen von Eurodad zu dem Schluss, dass sich diese „Lücke“ zwischen Theorie und Praxis in den Bretton Woods Institutionen IWF und Weltbank nun wieder geschlossen habe. Dies sei jedoch dadurch geschehen, dass sich die Rhetorik der IWFs wieder mehr seiner austeritätspolitischen Praxis angeglichen habe: Sparprogramme werden jetzt also auch wieder offen gefordert und als Antwort auf die steigenden Kosten durch Pandemie, Krieg und Krisen gesehen. Im Zentrum der Politik der Bretton Woods Institutionen stehen damit wenig überraschend nach wie vor fiskalische und monetäre Konsolidierung und nicht eine Korrektur ungleicher globaler Machtverhältnisse.

Dies lässt sich auch in den Antworten auf die multiplen Krisen der letzten Jahre beobachten und insbesondere in der Reaktion

Von der Zinswende zur Schuldenkrise: Altbekannt und alternativlos?

Die Hilfen waren zwar ausreichend, um ein akutes Schulden-domino zu verhindern, ändern jedoch nichts an den bestehenden Problemen. Spätestens gemeinsam mit der aktuellen Inflation sind die Probleme in vielen Ländern größer als zuvor.

auf die Covid-19 Pandemie. Zwar stellte der Internationale Währungsfonds 2021 mit sogenannten „Special Drawing Rights“, die faktisch rechtliche Verfügbarkeit über eine harte Währung bedeuten, Liquidität zur Verfügung. Langfristig bleiben aber dieselben Muster bestehen, nach denen die ungleichen ökonomischen Bedingungen in Nord und Süd wirtschaftspolitisch reproduziert werden. Special Drawing Rights sind grundsätzlich insofern spannend, als dass sie, anders als andere Hilfen vom Internationalen Währungsfonds, keine Schulden im Empfängerland darstellen und an keine Konditionalitäten (wie etwa Strukturreformen) gebunden sind. Insofern könnte man meinen, dass dies eine positive Wende in der Politik der Bretton-Woods Institutionen darstelle. Internationale Organisationen wie die UNCTAD warnen im Gegenzug jedoch davor, dass dies in gewohnter Manier „too little too late“ sei und die Verteilung der Special Drawing Rights de facto dazu führte, dass viele der hochverschuldeten

Länder nicht davon profitieren konnten.⁴ Zusammenfassend waren die Hilfen zwar ausreichend, um ein akutes Schuldendominio zu verhindern, langfristig ändern sie jedoch nichts an den bestehenden Problemen und spätestens gemeinsam mit der aktuellen Inflation sind die Probleme in vielen Ländern größer als zuvor.

Währungshierarchien und Weltgeld

Noch sind wir zwar mit keiner großen Schuldenkrise konfrontiert, die Möglichkeit steht aber nach wie vor im Raum und einzelne Staaten sind schon nahe an der Kippe. Um in einer Krise, in der der Zugang zu Liquidität eines der zentralen Probleme ist, adäquat zu reagieren, müsste die ungleiche Struktur des internationalen Finanzsystems beleuchtet werden und nicht „alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft werden. Beim Zugang zu Liquidität sind nicht alle Staaten mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert. Die Währungen verschiedener Länder sind auf dem Weltmarkt nicht gleich viel

WIRTSCHAFTSPOLITIK – STANDPUNKTE

Meinung, Position, Überzeugung. Die digitale Zeitschrift der Abteilung Wirtschaftspolitik in der Wiener Arbeiterkammer behandelt Aspekte der Standortpolitik, des Wirtschaftsrechts, der Regulierung diverser Branchen und allgemeine wirtschaftspolitische Fragestellungen aus der Perspektive von ArbeitnehmerInnen.



➔ **Kostenlose Bestellung und alle Ausgaben unter:**
wien.arbeiterkammer.at/wp-standpunkte

Wirtschaftspolitik-Standpunkte erscheint 4-mal jährlich und wird per E-Mail versendet.

wert.⁵ Dem Dollar als „Weltgeld“ kommt in einer krisenhaften Situation eine besondere Rolle zu. Da er als globale Reservewährung dient, bietet er Anlegern eine Sicherheit, die andere Währungen, vor allem in der Peripherie, nicht bieten können. Somit sind viele Staaten dann zusätzlich mit Kapitalflucht konfrontiert.

Geldpolitische Antworten und ihre Folgen

Dem Dollar als „Weltgeld“ kommt in einer krisenhaften Situation eine besondere Rolle zu. Da er als globale Reservewährung dient, bietet er Anlegern Sicherheit, die andere Währungen nicht bieten können.

Nun scheint es aber, als würde es nicht bei dieser ohnehin schon angespannten Situation bleiben. Die ungleichen Folgen der multiplen Krisen spannen sich weiter. Durch den Krieg in der Ukraine und spekulative Dynamiken stiegen nicht nur die Preise für Öl und Gas, sondern auch die Preise für Getreide und Düngemittel. Für viele Staaten, die vom Import dieser Güter abhängig sind, bedeutet dies weitere steigende Kosten und das in einer Situation, wo zwei Jahre Pandemie die ökonomische Lage ohnehin schon zugespitzt haben. Zwar sind die steigenden Öl- und Gaspreise vor allem auch in Mitteleuropa, wo starke Abhängigkeiten von Russland bestehen, eine große Belastung, doch der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und Treibstoff am Einkommen ist in vielen peripheren Staaten relativ gesehen noch einmal größer. Dies betrifft unter anderem Indonesien, aber auch Sri Lanka, das auch durch innenpolitische Instabilitäten 2022 eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte erlebt.

Durch die Zinspolitik der US-Notenbank FED wertet nun zudem der Dollar auf, was einerseits zu verstärkter Kapitalflucht in den Dollar, aber auch zu steigenden Rohstoffpreisen führt, da diese primär in Dollar gehandelt werden. Ein Kommentar in den Financial Times fasste die Folgen daraus in einem prägnanten Titel zusammen: „The world is starting to hate the Fed“⁶.

Ein zentrales Problem, dass sich aus dieser ohnehin schon angespannten Gemengelage ergibt, ist die Alternativlosigkeit mit der in den kapitalistischen Zentren Zinserhöhungen als einzige Antwort auf die steigende Inflation betrachtet werden. Die Ökonomin Jayati Ghosh warnt in diesem Kontext davor, dass alte Fehler wiederholt werden⁷. So plädiert etwa Larry Summers, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsberater von Obama dafür, dass die FED ähnliche Zinsschritte einsetzen sollte, wie in den 1970ern unter Paul Volcker. Dass Zinserhöhungen meist zu einer Rezession führen, ist empirisch gut belegt. Ein Paper des Institut for New Economic Thinking, in dem die Zinspolitik unter die Lupe genommen wird, zitiert die nicht neue Erkenntnis, dass Zinserhöhungen in den USA die Wirtschaftsleistung von Staaten im globalen Süden substanziell verringern⁸. In der aktuellen Situation sind neben den drastischen sozialen Verwerfungen auch die steigenden Finanzierungskosten für unter anderem ökologische Investitionen eine Nebenwirkung, die nicht unbedingt in Kauf genommen werden sollte. Das wissen auch die Vertreter:innen einer Hochzinspolitik. Ihre Logik ist jedoch, dass nach einer kurzen, schwierigen Phase ein „soft landing“ erreicht werden sollte. Dass die Logik von „kurzen, aber schmerzhaften“ Interventionen, wie aktuell die Zinserhöhungen verhandelt werden, nicht unbedingt vielversprechend ist, haben spätestens die Schocktherapie, also der Idee in einem Ruck das Fundament einer Ökonomie zu verändern, und die wirtschaftlichen Folgen davon gezeigt. So sind sowohl Russland als auch andere osteuropäische Staaten, in denen versucht wurde Marktwirtschaft auf diese Art und Weise einzuführen mit stagnierendem Wachstum und teils sogar sinkender Lebenserwartung konfrontiert.

 Von der Zinswende zur Schuldenkrise: Altbekannt und alternativlos?

Ein Paper des Institut for New Economic Thinking zitiert die nicht neue Erkenntnis, dass Zinserhöhungen in den USA die Wirtschaftsleistung von Staaten im globalen Süden substantziell verringern.

Umso dringender wäre es notwendig, sich mit alternativen Antworten auf die Inflation zu befassen. Ein Beispiel hierfür bietet die heterodoxe Ökonomin Isabella Weber, die schon vor einem Jahr gemacht hat, für selektive Preiskontrollen als Antwort auf angebotsseitige Inflation plädierte.⁹

Und nun?

Die aktuelle Situation, in der eine Krise auf die nächste trifft, zeigt offensichtlich, wie wenig die etablierten Institutionen in der Lage sind, die bestehenden Krisen zu lösen und deckt die Widersprüche des Kapitalismus schonungslos auf. Die bestehende, neoliberale Wirtschaftspolitik wirkt hier wie ein Tisch-

tuch, das schlichtweg zu klein für den Tisch ist, das es bedecken sollte. In einer solchen Situation sind es die Länder, die ohnehin schon strukturell benachteiligt sind, die das metaphorische Tischstück ohne Tischtuch abbilden. Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze analysiert diese ungleiche Betroffenheit auch aus einer anderen Perspektive: während sich eine fundamentale Krise im globalen Norden auf den globalen Süden schlägt, wirkt die Kausalität nicht unbedingt in die andere Richtung. Oder auch: „We live in a world of dualism in which a large part of the world’s population is excluded from the ‘systemically relevant’ circuit¹⁰“.

Miriam Frauenlob, Universität Wien
miriam.frauenlob@univie.ac.at

-
- 1 [Avoiding ‘Too Little Too Late’ on International Debt Relief | United Nations Development Programme \(undp.org\)](#) (18.11.2022)
 - 2 [Trade and Development Report 2022 | UNCTAD](#) (18.11.2022)
 - 3 [World Bank and IMF failure to address the global polycrisis makes systemic reform even more urgent - Eurodad \(06.12.2022\)](#)
 - 4 [World Bank and IMF failure to address the global polycrisis makes systemic reform even more urgent - Eurodad](#) (18.11.2022)
 - 5 [Monetary-power-and-sovereign-debt-crisis-KP-Autumn-22-online.pdf \(brettonwoodsproject.org\)](#) (18.11.2022)
 - 6 [The world is starting to hate the Fed | Financial Times \(ft.com\)](#)(18.11.2022)
 - 7 [The Monetary Tightening Trap by Jayati Ghosh - Project Syndicate \(project-syndicate.org\)](#) (18.11.2022)
 - 8 [Collateral Damage From Higher Interest Rates | Institute for New Economic Thinking \(ineteconomics.org\)](#) (18.11.2022)
 - 9 [Could strategic price controls help fight inflation? | Isabella Weber | The Guardian](#) (18.11.2022)
 - 10 [Chartbook #170 Finance and the polycrisis \(1\): What bends? What breaks? What implodes? – ADAM TOOZE](#) (18.11.2022)



OGB

Das internationale Forschungspraktikum von AK und ÖGB

GLOBAL UNION RESEARCH INTERNSHIP

Möchtest du dich mit **zentralen Fragen der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung** wissenschaftlich auseinandersetzen?

Dann reiche deine Ideen bei uns ein!

Die Arbeiterkammer Wien und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) bieten dir mit dem **Global Union Research Internship (GURI)** ein innovatives Forschungspraktikum. Du wirst dabei für vier Monate bei der AK Wien als Forschungspraktikant angestellt und von den Expert:innen von AK und ÖGB fachlich gecoacht. Im Rahmen des Praktikums kannst du auch Auslandserfahrung sammeln, indem du eine Zeit bei einer Einrichtung innerhalb Europas oder darüber hinaus verbringst (rund zwei Wochen nach individueller Absprache).

Gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen!

Egal ob Corona, Klimakrise oder die zahlreichen Konflikte: **Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind nur zu schaffen, wenn sie auch als soziale Frage verstanden werden.** Treibende Kraft dafür ist die internationale Gewerkschaftsbewegung. In vielen Ländern der Welt kämpft sie für wichtige Anliegen. Dazu zählen die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der gerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaftsweise, aber auch die Durchsetzung von elementaren Freiheitsrechten und eine aktive Friedensarbeit. In diesen Auseinandersetzungen können sie auch deine wissenschaftliche Unterstützung benötigen.

Großer Themenkorb an Forschungsfragen

Reiche deine wissenschaftliche Fragestellung bei uns ein. Folgende Themenbereiche sind von besonderem Interesse:

- ▶ **Bekämpfung von Ausbeutungsverhältnissen** bzw. Durchsetzung von Arbeitnehmer:innenrechten in europäischen und internationalen Zusammenhängen
- ▶ **Ansatzpunkte für einen sozial-ökologischen Umbau** des globalen Wirtschaftssystems
- ▶ **Gesellschaftliche Bewusstseinsbildung** und institutionelle Stärkung der Gewerkschafts- bzw. Arbeitnehmer:innenbewegung
- ▶ **Analysen positiver Entwicklungen** und Beispiele und mögliche Umsetzungsstrategien

Die eingereichten Forschungsfragen können Gegenstand von Arbeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen sein. Zu nennen sind z. B. Politikwissenschaften, Ökonomie, Jus, Geschichte, Publizistik, Philosophie oder Kommunikationswissenschaften.

ANFORDERUNGEN

- ▶ Wissenschaftliche Arbeit (Dissertation, Master, Bachelor)
- ▶ Verbundenheit mit den Zielen der Gewerkschaftsbewegung
 - ▶ Interesse an entsprechender Vernetzung und Weiterentwicklung
 - ▶ Aussagekräftige Bewerbung (rund 2 A4-Seiten)

EINREICHFRIST

für den Zeitraum von März bis Juni 2023
▶ **13. 01. 2023**

RÜCKFRAGEN

Mag. **Valentin WEDL**
AK Wien,
EU & Internationales
valentin.wedl@akwien.at

Dr. Marcus **STROHMEIER**
ÖGB, Int. Sekretariat
marcus.strohmeier@oegb.at



BESTELLEN!

Unter
<https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html>

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.